

19. Sitzung

des Kreistages

Tag der Sitzung

25.02.2019

ORT DER SITZUNG

Kelheim

VORSITZENDER: Martin Neumeyer

ZAHL ALLER KREISTAGSMITGLIEDER: 60 Kreisräte (zzgl. Landrat)

**NAMEN DER ANWESENDEN UND
STIMMBERECHTIGTEN KREISRÄTE:**

Franz Aunkofer, 93309 Kelheim
Herbert Blascheck, 84085 Langquaid
Dr. Bastian Bohn, 93326 Abensberg
Dr. Uwe Brandl, 93326 Abensberg

verlässt die Sitzung um 15:58 Uhr
nach TOP 5 ö.T.

Ursula Brandlmeier, 93333 Neustadt/Donau
Eduard Brücklmaier, 84048 Mainburg
Konrad Dichtl, 93333 Neustadt/Donau
Willi Dürr, 93351 Painten
Josef Egger, 84048 Mainburg
Edgar Fellner, 84048 Mainburg
Dr. Andreas Fischer, 93326 Abensberg
Raimund Fries, 93309 Kelheim
Wolfgang Gural, 93326 Abensberg
Ferdinand Hackelsperger, 93077 Bad Abbach

verlässt die Sitzung um 15:58 Uhr
nach TOP 5 ö.T.

Josef Häckl, 93346 Ihrlerstein
Christian Hanika, 93077 Bad Abbach
Sebastian Hobmaier, 93342 Saal/Donau
Josef Hofmeister, 93077 Bad Abbach
Petra Högl, 84106 Volkenschwand
Martin Huber, 84048 Mainburg
Franz Kiermaier, 93354 Siegenburg
Martin Kiermeyer, 84089 Aiglsbach
Andreas Kreitmeier, 84048 Mainburg

verlässt die Sitzung um 15:30 Uhr
während TOP 5 ö.T.

Hannelore Langwieser, 84048 Mainburg
Christiane Lettow-Berger, 93309 Kelheim
Siegfried Lösch, 93339 Riedenburg
Werner Maier, 84048 Mainburg
Fritz Mathes, 93309 Kelheim
Karl Mirwald, 93309 Kelheim
Jörg Nowy, 93343 Essing

Thomas Obster, 84094 Elsendorf
Josef Pletl jun., 93309 Kelheim
Konrad Pöppel, 84048 Mainburg
Dr. Karl Pöschl, 84048 Mainburg
Christian Prasch, 93309 Kelheim
Heinz Reiche, 93309 Kelheim
Thomas Reimer, 93333 Neustadt/Donau
Josef Reiser, 84048 Mainburg
Peter-Michael Schmalz, 84085 Langquaid
Gertraud Schretzlmeier, 93326 Abensberg
Alois Schweiger, 93333 Neustadt/Donau
Annette Setzensack, 84048 Mainburg
Simon Steber, 93326 Abensberg

verlässt die Sitzung um 15:58 Uhr
nach TOP 5 ö.T.

Franz Stiglmaier, 84091 Attenhofen
Rupert Treitinger, 93333 Neustadt/Donau
Dr. Gudrun Weida, 93309 Kelheim
Johanna Werner-Muggendorfer,
93333 Neustadt/Donau
Karsten Wettberg, 84094 Elsendorf
Karl Zettl, 93333 Neustadt/Donau
Claudia Ziegler, 93326 Abensberg
Richard Zieglmeier, 93326 Abensberg
Fritz Zirngibl, 93356 Teugn

FEHLENDE KREISRÄTE:

Matthäus Faltermeier, 84094 Elsendorf	entschuldigt
Dr. Heinz Kroiss, 93326 Abensberg	entschuldigt
Reinhard Listl, 93309 Kelheim	entschuldigt
Werner Reichl, 93333 Neustadt a. d. Donau	entschuldigt
Thomas Schug, 93326 Abensberg	entschuldigt
Angela Steinberger, 93309 Kelheim	entschuldigt
Ludwig Wachs, 93077 Bad Abbach	entschuldigt
Manfred Weber, 93359 Wildenberg	entschuldigt

SCHRIFTFÜHRER/IN: Verw.-Fachwirtin Franziska Parchatka

AUSSERDEM WAREN ANWESEND:

Herr Johann Auer, Frau Monica Brandl, Herr Marcus Dörner, Frau Manuela Endl, Herr Josef Gassner, Frau Astrid Heuberger, Herr Müller, Herr Erwin Ranftl, Frau Sabine Schmid, Herr Reinhard Schmidbauer, Herr Thomas Stadler, Frau Johanna Wierl

Goldberg-Klinik Kelheim GmbH:

Frau Dagmar Reich, Geschäftsführerin

Ilmtalklinik GmbH Pfaffenhofen:

Herr Ingo Goldammer, Geschäftsführer

BESCHLUSSFÄHIGKEIT NACH ART. 41 ABS. 2 LKRO WAR GEGEBEN.

Die Sitzung war öffentlich - nicht öffentlich

1. Gründung der Gesellschaft "Ilmtalklinik-MVZ GmbH" Pfaffenhofen
2. Goldberg-MVZ Kelheim GmbH; Änderung der Gesellschaftssatzung
3. Ilmtalklinik GmbH Pfaffenhofen (Krankenhaus Mainburg);
Öffentlicher Auftrag – Betrauungsakt des Landkreises Kelheim
4. Herausnahme der Planungskosten vom Haushalt für die
Landratsamtserweiterung; Antrag von Kreisrat Stiglmaier vom 04.02.2019
5. Landkreishaushalt 2019
6. Antrag von Herrn Kreisrat Dürr vom 13.12.2018 bzgl. der künftigen "Flutpolder"-
Regelung
7. Jahresrückblick des Landrats für 2018
8. Sonstige Kreisangelegenheiten

Niederschrift

über die 19. Sitzung des Kreistages am 25.02.2019, 14:00 Uhr, im großen Sitzungssaal des Landratsamtes Kelheim (Zi. Nr. EG.56).

Landrat Neumeyer eröffnet die Sitzung. Gegen die Ladung und die Tagesordnung werden keinerlei Einwendungen erhoben. Der Vorsitzende erklärt den Kreisräten, dass, soweit die Ordnung der Sitzung dadurch nicht gestört wird und kein Widerspruch erfolgt, mit Bildaufnahmen während der Kreistagssitzung Einverständnis besteht.

Im Anschluss daran gratuliert Landrat Neumeyer Herrn Kreisrat Sebastian Hobmaier zu seinem Geburtstag.

Beschluss-Nr. 311:	Gründung der Gesellschaft "Ilmtalklinik-MVZ GmbH" Pfaffenhofen
--------------------	--

Der Vorsitzende übergibt zu diesem Tagesordnungspunkt das Wort an Herrn Johann Auer, Geschäftsleiter des Landratsamtes Kelheim sowie Herrn Ingo Goldammer, Geschäftsführer der Ilmtalklinik GmbH, die den vorliegenden Sachverhalt erörtern. Insbesondere kleinere Krankenhäuser in der Gruppe unter 300 Betten agieren in der üblichen Form als Haus der Grund- und Regelversorgung und haben damit per Definition eine enge Verzahnung zum Bereich der vertragsärztlichen Versorgung bzw. zum ambulanten Sektor, da die medizinischen Grenzen insbesondere in dieser Versorgungsform (Grund- und Regelversorgung) fließend sind. Die Schnittmenge verläuft schon heute im Bereich von Zuweisungen und Nachsorgen, in Form von Kooperationsmodellen (z.B. Beteiligung von niedergelassenen Ärzten an Hintergrunddiensten oder Übernahme von Spezialaufgaben in der Klinik, z.B. bestimmte Operationen) oder auch in Gestalt einer gemeinsamen Facharztweiterbildung (insbesondere zum Thema Allgemeinarztweiterbildung; KoStA = Koordinierungsstelle Allgemeinmedizin). Auch sind Modelle der Teilanstellung in einem Krankenhaus und einer Teilanstellung im vertragsärztlichen Bereich (MVZ, Arztpraxis etc.) heute für viele Ärzte attraktiv, da die Bereitschaft, vollumfänglich in das Risiko einer Selbstständigkeit in Form einer eigenen Praxis zu gehen, nachlässt.

Die Zusammenarbeit zwischen Kliniken und ambulanten Leistungserbringern wird sich daher in Zukunft zwangsläufig weiter intensivieren müssen. Einerseits existieren versorgungskritische Nachbesetzungsprobleme im Bereich der niedergelassenen Ärzte, insbesondere im Bereich Allgemeinmedizin, andererseits weicht der medizinische Fortschritt die klassischen Grenzen zwischen stationärer und ambulanter Versorgung immer weiter auf und zwar bei Themen, bei denen keine Übernachtung im Krankenhaus notwendig ist, jedoch eine hoch ausgestattete medizinisch-technische Infrastruktur gegeben sein muss (z.B. ambulante Operationen). Bereits heute erreichen die Klinik zudem vielfältige Anfragen von Niedergelassenen hinsichtlich einer Zusammenarbeit in einem möglichen Krankenhaus-MVZ und das als Übertritts-Lösung in den Ruhestand.

Folgendes Modell: Niedergelassene Ärzte bringen ihren Sitz in ein Krankenhaus-MVZ ein, müssen und wollen dann für drei Jahre in u.U. Teilzeit als angestellter Arzt weiter im MVZ mitarbeiten – was in Summe eine win-win-Situation für beide Gruppen beschreibt. Der Arzt gewinnt einen „sanften“ Übertritt in den Ruhestand und das MVZ kann vom Knowhow und der Patientenbindung des niedergelassenen Arztes profitieren.

Zur aktuellen Planung lässt sich wie folgt skizzieren: Primär ist die Versorgung im (allgemein-)chirurgischen Bereich am Standort in Mainburg geplant. Dazu werden derzeit Gespräche mit einerseits der KVB und einem niedergelassenen Arzt geführt. Das Etappenziel im chirurgischen Bereich sind 2 x 0,5 Sitze mit einer mittelfristigen Verortung in den Räumen des Krankenhauses Mainburg. Parallel dazu werden Gespräche mit einem niedergelassenen Internisten bzgl. eines 1,0 Fachinternisten-Sitzes geführt. Jeweils haben die Ärzte ein Interesse an dem oben skizzierten Übergangsmodell zum Ruhestand. Gleichzeitig wurde die Klinik zuletzt mehrfach aus dem Pfaffenhofener Raum zum gleichen Übergangs-Modell angesprochen, in einem Fall auch zu einem Allgemeinartzsitz und der dortigen Nachfolge. Generell sind mindestens 1,0 Sitze bereits zur Gründung des MVZs notwendig. Als endständiges und langfristiges Ziel wird eine Größenordnung in Höhe von 3,0 – 4,0 Arztsitzen unter einem eigenem MVZ-Praxismanagement und unter Beachtung der beiden Klinikstandorte Pfaffenhofen und Mainburg angestrebt.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit und der Kreisausschuss fassten in der Sitzung am 28.01.2019 jeweils einen Empfehlungsbeschluss an den Kreistag.

Das zuständige Finanzamt Landshut teilte nun kurzfristig mit, dass unter § 3 „Gemeinnützigkeit“ des Satzungsentwurfes der Firma Ilmtalklinik – MVZ GmbH noch eine Änderung vorgenommen werden müsse. Der Satzungsentwurf wurde daraufhin entsprechend der Vorgaben des Finanzamtes geändert und den Kreisräten als Tischvorlage (Anlage 1) zur Verfügung gestellt.

Im Anschluss an den Vortrag fasst der Kreistag folgenden

Beschluss:

Der Kreistag beschließt folgende Gesellschaftsgründung und ermächtigt/genehmigt die Abstimmung von Landrat Martin Neumeyer in der Gesellschafterversammlung der Ilmtalklinik GmbH:

Die Ilmtalklinik GmbH gründet als Tochterunternehmen die „Ilmtalklinik-MVZ GmbH“ zur Errichtung von medizinischen Versorgungszentren (Gesellschaftsvertrag, Anlage 1). Zum Geschäftsführer wird Herr Ingo Goldammer bestellt. Dem Gesellschafter und den Prüfungseinrichtungen wie dem Bayer. Kommunalen Prüfungsverband sind die nach § 54 HGrG und sonstigem öffentlichen Recht vorgegebenen Informations- und Prüfungsrechte einzuräumen.

Dafür: 52 Dagegen: 1

Beschluss-Nr. 312: Goldberg-MVZ Kelheim GmbH; Änderung der Gesellschaftssatzung

Der Tagesordnungspunkt wird von Herrn Geschäftsleiter Auer und Frau Reich, Geschäftsführerin der Goldberg-Klinik GmbH, erläutert.

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 23.04.2018 die Gründung der Gesellschaft „Goldberg-MVZ Kelheim GmbH“ beschlossen. Im Nachgang erfolgte der notarielle Vollzug. Die Gesellschaft wurde ins Handelsregister des Amtsgerichtes Regensburg unter HRB 16538 eingetragen. Mit Schreiben des Landratsamtes Kelheim vom 30.05.2018 wurde die Gesellschaftsgründung der Regierung von NB gemäß Art. 84 Landkreisordnung angezeigt. Ebenso hat die Goldberg-Klinik GmbH die Unterlagen dem Finanzamt vorgelegt. Laut Mitteilung des Finanzamtes und des Steuerberaters müssen die Regelungen der Gemeinnützigkeit in § 3 der Satzung angepasst werden. Die Gemeinnützigkeit könnte sonst gefährdet sein. Die Regierung von NB teilte am 05.07.2018 mit, dass der Gesellschaftszweck in § 2 der Satzung zu weit gefasst ist und angepasst werden sollte. Herr Rechtsanwalt Dr. Semmelmayer war am Entwurf der Satzungsänderung beteiligt.

Der Ausschuss für Soziales und Gesundheit und der Kreisausschuss fassten in der Sitzung am 28.01.2019 jeweils einen einstimmigen Empfehlungsbeschluss an den Kreistag.

Das zuständige Finanzamt Landshut teilte nun kurzfristig mit, dass unter § 3 „Gemeinnützigkeit“ des Satzungsentwurfes der Firma Goldberg – MVZ Kelheim GmbH noch eine weitere Änderung vorgenommen werden muss. Der Satzungsentwurf wurde daraufhin nochmals entsprechend der Vorgaben des Finanzamtes geändert und den Kreisräten als Tischvorlage (Stand: 25.02.2019, Anlage 2) zur Verfügung gestellt. Bezüglich des Erstellungsdatums des Satzungsentwurfes ist der vorliegende Beschlussvorschlag entsprechend anzupassen.

Unter Berücksichtigung der Änderung des vorliegenden Beschlussvorschlages ergeht folgender

Beschluss:

Die Gesellschaftssatzung der Goldberg-MVZ Kelheim GmbH mit den Änderungen (Stand 25.02.2019) wird beschlossen (Anlage 2).

Dafür: 52 Dagegen: 1

**Beschluss-Nr. 313: Ilmtalklinik GmbH Pfaffenhofen (Krankenhaus Mainburg);
Öffentlicher Auftrag – Betrauungsakt des Landkreises Kelheim**

Der Vorsitzende übergibt das Wort an Frau Heuberger, Leiterin der Abteilung "Kommunale Angelegenheiten". Frau Heuberger stellt den Sachverhalt vor. Die Fortschreibung des Betrauungsaktes für das Krankenhaus Mainburg ist wegen der Ergänzung für „Leistungen im Rahmen von Medizinischen Versorgungszentren“ notwendig (§ 2 Abs. 2 Nr. 3). Der Betrauungsakt ist als Anlage (Anlage 3) beigefügt.

Der Kreisausschuss sowie der Ausschuss für Soziales und Gesundheit haben in der Sitzung im Januar bereits einen Empfehlungsbeschluss an den Kreistag gefasst und die Fortschreibung des Betrauungsaktes für das Krankenhaus Mainburg befürwortet.

Der Kreistag fasst im Anschluss an den Vortrag nachfolgenden

Beschluss:

Der Kreistag stimmt dem öffentlichen Auftrag (Betrauungsakt) des Landkreises Kelheim an die Ilmtalklinik GmbH (Krankenhaus Mainburg) gemäß der beigefügten Fassung (Anlage 3) zu.

Dafür: 52 Dagegen: 1

**Beschluss-Nr. 314: Herausnahme der Planungskosten vom Haushalt für die
Landratsamtserweiterung; Antrag von Kreisrat Stiglmaier vom
04.02.2019**

Aufgrund der bereits erfolgten Herausnahme der Planungskosten für den Erweiterungsbau beim Landratsamtshauptgebäude aus dem Haushalt hat sich dieser Tagesordnungspunkt erledigt.

Kreisrat Stiglmaier bedankt sich bei seinen Kreistagskollegen/innen für die Unterstützung seines Antrags.

Beschluss-Nr. 315: Landkreishaushalt 2019

Landrat Neumeyer eröffnet den Tagesordnungspunkt mit seiner Haushaltsrede. Für den Landkreishaushalt 2019 starteten die Haushaltsberatungen bereits im Oktober 2018. Aufgrund fehlender Finanzausgleichsdaten, aber auch wegen umfangreichen Sachthemen und Beratungen, war es geboten, den Haushalt erst jetzt zu verabschieden.

Der Vorsitzende dankt allen Mitgliedern des Kreistages, vor allem den Fraktions-/Parteiensprechern, den Stellvertretern und den Ausschussmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit bei den Beratungen und Entscheidungen zum Haushalt 2019.

Der Dank gilt auch allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Verwaltungen des Landkreises und seinen Einrichtungen sowie den Lokalzeitungen, die über die umfangreichen Sach- und Haushaltsberatungen ausführlich berichtet haben.

Die immensen Anstrengungen und Leistungen des Landkreises in den letzten Jahren werden von Landrat Neumeyer nochmals hervorgehoben.

Der Landkreis wird seine Schulen weiterhin bei der Bewältigung der zukünftigen Anforderungen, bei der baulichen und technischen Ausstattung mit neuen Medien, IT und Geräten/Maschinen unterstützen.

Dem Landkreis und seinen Gemeinden geht es wirtschaftlich sehr gut. Das Wirtschaftswachstum und der Beschäftigungsaufbau in Deutschland und in Bayern sind seit über zehn Jahren in Folge ungebremst; es sind aber auch erste Anzeichen für eine Konjunkturertrübung festzustellen.

In wirtschaftlich hervorragenden Zeiten mit steigender Umlagekraft (+ 10%), aber auch mit stetig steigenden Ausgaben, gilt es dennoch den verständlichen Wunsch der Bürgermeister/innen nach einer möglichst geringen Kreisumlage einerseits und die Erfüllung der laufenden Aufgaben des Landkreises andererseits gerecht zu werden und die Verschuldung weiterhin abzubauen bzw. im überschaubaren Rahmen zu halten, was in Bayern vielen Landkreisen und Gemeinden gelingt – so auch uns.

Die wichtigsten Handlungsziele des Haushalts 2019 sind daher:

- Deckung des gestiegenen Ausgabebedarfs
- Prioritätensetzung bei den Investitionen (Verschiebung von Maßnahmen)
- keine bzw. nur eine geringe Kreditaufnahme
- weiterer Schuldenabbau (mit niedriger Zinsbelastung)
- angemessenes / ausgewogenes Kreisumlagesoll.

Auch das Haushaltsjahr 2019 ist wieder von vielfältigen Ausgaben-/Kostensteigerungen im Verwaltungshaushalt geprägt, welche überwiegend als Pflichtaufgaben keine Einsparpotentiale aufweisen bzw. „fremd“ bestimmt sind.

Vor allem die Bezirksumlage, Krankenhausumlage und die weiter steigenden Belastungen im Bildungsbereich, bei der Jugendhilfe und bei den tariflich ansteigenden Personalkosten sind hier zu nennen.

Der ursprüngliche Haushaltsentwurf - ohne gefestigte Information über die tatsächlichen Schlüsselzuweisungen - sah daher auch zunächst einen gleichbleibenden Kreisumlagehebesatz von 46,0 % vor, mit dem Ziel den gestiegenen Ausgabebedarf zur Finanzierung der anstehenden Investitionen (z.B. Generalsanierung Staatl. BSZ Kelheim 27,8 Mio. €, Goldberg-Klinik/Ilmtalklinik (Tilgungs-/ Zinserstattungen), Bedarfs-/Grundlagenermittlungen für neue Projekte: Atemschutzzentrum, Dienststelle Mainburg, Lehrschwimmhalle Mainburg) zu decken, die Gesamtverschuldung abzubauen bzw. eine Neuverschuldung zu vermeiden.

Die Rückmeldungen der Fraktionen und der Bürgermeister (Senkung des Kreisumlagehebesatzes um 2 %-Punkte) zeigten jedoch eine „gemäßigtere“ Herangehensweise auf, die der Vorsitzende kompromissbereit mitgehen wollte und dies in einer kurzfristig anberaumten Fraktionssprechersitzung am 19.02.2019 auf eine breitere Basis zu verständigen versucht hat.

Die nunmehr vorgeschlagene Senkung des Hebesatzes um 1,5 %-Punkte auf 44,5 % war nur mit einhergehenden Kompensationen und Verschiebungen von

Baumaßnahmen (z. B. KEH 11 (OD Großmuß) und die Erweiterungsplanung des Landratsamtes) möglich. Es ist ein ausgewogener Kompromiss, der natürlich nicht alle Wünsche – aber viele Aspekte sachlich berücksichtigt.

Der Haushaltsausgleich 2019 sieht daher planmäßig auch eine Rücklagenentnahme i. H. v. ca. 1 Mio. € und eine Kreditaufnahme i. H. v. 2 Mio. € vor. Etwaige positive Zuflüsse beim Jahresergebnis 2018 stehen für zukünftige Ausgabebedarfe in der allgemeinen Rücklage „kreisumlage-mildernd“ zur Verfügung.

In der letzten Kreisausschusssitzung vom 28.01.2019, bei der Bürgermeisterbesprechung und in den Fraktionen wurde über die formalen Verfahrenserfordernisse des VGH-Beschlusses vom 14.12.2018 ausführlich informiert und die Kreisräte über die geordnete Finanzsituation der kreisangehörigen Gemeinden auch in der heutigen Beschlussvorlage in Kenntnis gesetzt.

Der Vorsitzende geht auf die Bereiche Personal, Bildung, Sozialausgaben und Jugendhilfe, Gesundheitswesen und Krankenhäuser, Kommunalfinanzen (Umlagekraft, Bezirksumlage und Kreisumlage), die allgemeine wirtschaftliche Situation und Investitionen sowie die Verschuldung und den Schuldenabbau näher ein.

Der vorliegende Haushaltsentwurf wurde sparsam und wirtschaftlich kalkuliert und weist wiederum ein Rekord-Gesamtvolumen von über 135 Mio. € auf. Der Finanzbedarf der enormen Aufgabenstellungen und der Leistungsfähigkeit der Landkreisverwaltung spiegelt sich hierin wider. Der Haushaltsentwurf ist ausgewogen und wird den Zielen, der Ausgabenbelastung und einer angemessenen Kreisumlage gerecht. Er ist ein tragfähiger Kompromiss. Zum Abschluss bedankt sich Landrat Neumeyer bei den Mitgliedern des Kreistages für die Mitarbeit im vergangenen Jahr. In diesem Sinne bittet er um Zustimmung für den Kreishaushalt 2019.

CSU-Fraktionssprecherin Högl begrüßt die Anwesenden und bedankt sich vorab bei Kreiskämmerer Schmidbauer für die Teilnahme an der CSU-Fraktionssitzung, in welcher der Haushalt 2019 ausführlich besprochen wurde. Kreisrätin Högl betont die Beliebtheit des Landkreises Kelheim und bezeichnet Landrat Neumeyer als starken Ideengeber. Auf die Themenbereiche Schulen, Bildung, Digitalisierung an Schulen, öffentlicher Nahverkehr sowie Jugendhilfe geht Kreisrätin Högl näher ein. Insbesondere bedankt sie sich bei Herrn Landrat Neumeyer, den Aufsichtsräten und der Verwaltung für die Bemühungen um die landkreiseigenen Krankenhäuser. Die Schaffung eines MVZ's betrachte man sehr positiv, so Högl. Frau Högl bedankt sich zudem bei den Feuerwehren des Landkreises Kelheim für die große Einsatzbereitschaft. Mit Blick auf die Entlastung der Kommunen befürwortet die CSU-Fraktion die Senkung des Kreisumlagehebesatzes um 1,5 %-Punkte auf 44,5 % und stimmt dem Haushalt 2019 zu.

SPD-Fraktionssprecher Dürr erläutert, dass der geplante Erweiterungsbau des Landratsamtshauptgebäudes für große Unruhe gesorgt hat. So sei es seines Erachtens der richtige Schritt gewesen, die im Haushalt festgesetzten Planungskosten für 2019 in Höhe von 250.000,00 € herauszunehmen. Vorrangig sollen die Projekte umgesetzt werden, die für den Landkreis zukunftsweisend sind. Darunter fallen z.B. die Sicherung der beiden Krankenhausstandorte, die Umsetzung der Generalsanierung der Berufsschule mit FOS/BOS mit dem Ersatzneubau und der Errichtung einer Einfachturnhalle sowie die Realisierung der Digitalisierung an den landkreiseigenen Schulen.

Zum Abschluss seiner Rede bedankt sich Kreisrat Dürr bei Kreiskämmerer Schmidbauer und der Verwaltung für ihre Arbeit. Die SPD-Fraktion stimmt dem Haushalt 2019 zu.

Kreisrat Reiser, Fraktionssprecher der SLU, erläutert, dass der Landkreis von den Schlüsselzuweisungen profitiere. Als positiv bewertet er die Senkung der Verschuldung, verweist aber darauf, dass dies, mit Blick auf die geplanten Investitionen in den kommenden Jahren, wieder schlechter werden wird. Daher sei es wichtig, dass Prioritäten gesetzt werden, so Reiser. Der von Landrat Neumeyer geplante Erweiterungsbau des Landratsamtshauptgebäudes hat jedoch auf der Prioritätenliste der SLU-Fraktion keine Berücksichtigung gefunden. Fraktionsvorsitzender Reiser bedankt sich bei Kreiskämmerer Schmidbauer und bestätigt diesem, gut gewirtschaftet zu haben. Der Kompromiss, der bzgl. der Kreisumlage gefunden werden konnte, sei in Ordnung, so Reiser. Somit könne die SLU-Fraktion dem Haushalt zustimmen. Der mittelfristige Finanzplan inkl. Investitionsprogramm, der den angedachten Erweiterungsbau des Landratsamtshauptgebäudes weiterhin enthält, wird von seiner Fraktion jedoch nicht befürwortet, so Reiser.

FW-Fraktionssprecher Nowy findet für die deutliche Senkung der Verschuldung des Landkreises großes Lob. Weiterhin geht Kreisrat Nowy auf die Bereiche Sozial- und Jugendhilfe ein. Im Bereich der Gesundheitsversorgung finden die beiden landkreiseigenen Krankenhäuser Erwähnung. Auch wenn die Defizite der Krankenhäuser gestiegen seien, so sind diese im ländlichen Raum von großer Bedeutung. Sehr positiv bewerte er, dass die Kosten für die Krankenhäuser fraktionsübergreifend mitgetragen werden. Auch seine Fraktion stehe nach wie vor zu den Krankenhäusern. Die angedachte Erweiterung des Landratsamtshauptgebäudes jedoch könne von seiner Fraktion nicht mitgetragen werden, so Nowy. Den Entschluss von Landrat Neumeyer, die Planungskosten aus dem Haushalt herauszunehmen, begrüße er daher. Sinnvoll sei diesbezüglich vorab eine Bedarfsanalyse „Ob/Wie/Wann“ ein Anbau erforderlich sei. Alle anderen Investitionen würden von seiner Fraktion unterstützt werden. Die Senkung der Kreisumlage auf 44,5 % bezeichnet Nowy als fairen Kompromiss. Zum Abschluss seiner Rede bedankt sich Kreisrat Nowy bei Kreiskämmerer Schmidbauer, der Verwaltung und bei den Mitarbeitern/innen der Krankenhäuser.

Die FW-Fraktion erteilt ihre Zustimmung zum Haushalt 2019.

Fraktionssprecher der ÖDP Schmalz bezeichnet die hohen Sozial- und Jugendhilfekosten als Schattenseiten. Zudem warnt er vor den Folgekosten, die die Digitalisierung an den Schulen mit sich bringen wird. Positiv hingegen betrachte er die Umsetzung einer Photovoltaikanlage auf dem Landratsamtshauptgebäude, die auf seine Empfehlung hin errichtet wird. Weiterhin verweist Kreisrat Schmalz auf ein am 17.12.2018 stattgefundenes Treffen, bei dem es um den Ausbau der ökologischen Landwirtschaft ging und das zudem auch sehr positiv verlief. Fraktionssprecher Schmalz signalisiert die Zustimmung seiner Fraktion zum Haushalt 2019.

Kreisrat Zieglmeier, Fraktionssprecher der Grünen, bedankt sich vorab bei Kreiskämmerer Schmidbauer für die Vorstellung des Haushaltes im Rahmen einer Sitzung seiner Fraktion. Der angedachte Erweiterungsbau des Landratsamtshauptgebäudes müsse sehr gut überlegt sein. Da es diesbezüglich keine Förderungen gebe, werden die Gemeinden in die Pflicht genommen. Die Neugestaltung des Regionalmanagements beinhaltet aus Sicht der Grünen zu wenig Kapazitäten für den Bereich „Klimaschutz“, so Zieglmeier. Er betont, dass jedoch genau dieser Bereich eine enorme Bedeutung aufweist und daher in die regionale Energiewende und den Klimaschutz deutlich mehr investiert werden muss. Kreisrätin Lettow-Berger (Grünen-Fraktion) ergänzt, dass ihre Fraktion lange überlegt habe, ob sie ihre Zustimmung zum Haushalt erteilen kann. Schlussendlich haben sie sich dazu entschieden, die Zustimmung zu erteilen, im Gegensatz dazu erhoffen sie sich Gesprächsbereitschaft bzgl. der künftigen Umsetzung / Gestaltung des Bereiches Klimaschutz.

Kreisrat Zirngibl (Bayernpartei) bezeichnet den Haushaltsentwurf als sehr umsichtig, übersichtlich und transparent und spricht ein Lob an Kreiskämmerer Schmidbauer aus. Kreisrat Zirngibl erteilt vorab bereits seine Zustimmung zum Haushalt. Unter Berücksichtigung der schrumpfenden Wirtschaft in den kommenden Jahren bereitet Zirngibl jedoch die vorliegende Finanzplanung Sorgen. Angesichtsdesen bewerte er die Herausnahme der Planungskosten für den Erweiterungsbau des Landratsamtshauptgebäudes als sehr positiv. Es gibt viele andere Aufgaben, die deutlich wichtiger seien und Priorität haben. Weiterhin spricht sich Zirngibl für die Verstärkung des Klimaschutzes aus. Weniger positiv sieht Zirngibl die bei vielen Flüchtlingen fehlende Integrationsbereitschaft.

Kreisrat Dr. Bohn, Junge Liste, nimmt Bezug auf den Rekordhaushalt in diesem Jahr. Er verweist auf die stark ansteigenden Kosten, die auf den Landkreis zukommen werden. Insbesondere nennt er hier die bevorstehenden großen Investitionskosten wie z.B. für die landkreiseigenen Krankenhäuser oder die Generalsanierung des Beruflichen Bildungszentrums. Auch die steigenden Kosten im Bereich der Sozial- und Jugendhilfe dürfen nicht außer Acht gelassen werden, so Dr. Bohn. Die Senkung des Kreisumlagehebesatzes bezeichnet Dr. Bohn als sehr gut und spricht in diesem Zusammenhang ein Lob an den Vorsitzenden aus. Von Seiten der Jungen Liste wird die Zustimmung zum Haushalt erteilt.

Im Nachgang der Haushaltsreden der jeweiligen Fraktions- und Parteiensprecher äußert sich der Vorsitzende zu dem Thema „Erweiterungsbau des Landratsamtshauptgebäudes“. Es sei ihm bewusst, dass ein solches Projekt nur realisierbar sei, wenn mindestens 90 % der Kreisräte das Vorhaben befürworten. Das sei auch der Grund, warum er seinen Antrag zurückgenommen habe und die Planungskosten in Höhe von 250.000,00 € aus dem Haushalt 2019 herausgenommen wurden. Das bedeutet jedoch nicht, dass er das Vorhaben nicht weiterverfolgen werde. Sein Wunsch sei es, dass im laufenden Jahr im Kreistag darüber diskutiert werden soll. Deswegen befindet sich das Vorhaben weiterhin im Investitionsprogramm.

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2019 ist als Anlage 4 beigelegt. Über die Haushaltssatzung 2019 bzw. den Finanzplan inkl. Investitionsprogramm wird getrennt abgestimmt.

Abschließend fasst der Kreistag folgende

Beschlüsse:

1. In Kenntnis der geordneten Finanzsituation der kreisangehörigen Gemeinden und der wirtschaftlichen und sparsamen Haushaltsführung des Landkreises wird die Haushaltssatzung 2019 einschließlich des Haushaltsplans und Stellenplans auf der Basis eines Kreisumlagehebesatzes von 44,5 %-Punkten beschlossen.

Dafür: 52 Dagegen: 0

2. Der Finanzplan inkl. Investitionsprogramm wird beschlossen.

Dafür: 45 Dagegen: 7

Beschluss-Nr. 316: Antrag von Herrn Kreisrat Dürr vom 13.12.2018 bzgl. der künftigen "Flutpolder"-Regelung

Auf Grundlage des Antrags von Kreisrat Dürr vom 13.12.2018 wurde im Auftrag von Herrn Landrat Neumeyer durch das Landratsamt Kelheim das zuständige Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz (STMUV) gebeten einen Referenten zum oben genannten Thema zur heutigen Kreistagssitzung am 25.02.2019 zur Verfügung zu stellen. In diesem Rahmen sollten insbesondere Informationen über den aktuellen Stand der Diskussion um die „Polder“, die Ergebnisse der wissenschaftlichen Gutachten zu den Auswirkungen einer Nichtumsetzung der „Polder“, sowie eventueller Alternativen (anderweitige Erreichung des HW 100 Standards), erläutert werden. Mit E-Mail vom 19.02.2019 verweist das zuständige STMUV auf den Aktionsplan, der das weitere Vorgehen beim Hochwasserschutz in Bayern und der Umsetzung des Flutpolderprogramms beinhaltet. Weiterhin wird erörtert, dass es Herrn Staatsminister Glauber ein wichtiges Anliegen sei, den Dialog zum Hochwasserschutz vor Ort weiterzuführen. Diesbezüglich seien in der nächsten Zeit diverse Veranstaltungen angedacht. Um der geplanten Informationsoffensive nicht durch eine vorgezogene Information vorzugreifen, wird an der Kreistagssitzung am 25.02.2019 kein Vertreter seitens des STMUV teilnehmen.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass dieser Tagesordnungspunkt in den Kreisausschuss vertagt wird. Die SPD-Fraktion habe hierzu ihre Zustimmung erteilt.

Beschluss-Nr. 317: Jahresrückblick des Landrats für 2018

Landrat Neumeyer teilt mit, dass der Jahresrückblick des Landrats für 2018 im Gremieninformationssystem zur Einsichtnahme eingestellt wurde. Dies nehmen die Kreistagsmitglieder zur Kenntnis, auf einen Vortrag wird verzichtet.

Beschluss-Nr. 318: Sonstige Kreisangelegenheiten

Anfrage von Kreisrat Pöppel bzgl. Fortschreibung Regionalplan Region Landshut

Kreisrat Pöppel nimmt Bezug auf die Fortschreibung des Regionalplanes der Region Landshut. Die Fortschreibung beinhaltet die Neuaufstellung des Kapitels B III Soziales, Gesundheit, Bildung und Kultur. Insbesondere mit Blick auf die beiden Krankenhäuser des Landkreises Kelheim bittet Kreisrat Pöppel um Auskunft, ob von Seiten des Landkreises eine Stellungnahme während des Anhörungsverfahrens abgegeben und evtl. auch Bedenken geäußert wurden. Geschäftsleiter Auer wird die Anfrage von Kreisrat Pöppel mit dem zuständigen Sachgebiet erörtern.

Anfrage von Kreisrat Pöppel bzgl. Überarbeitung der Geschäftsordnung des Kreistages Kelheim

Kreisrat Pöppel wünscht die Bildung einer „Arbeitsgemeinschaft“, bestehend aus Verwaltung und Kreistagsmitgliedern, um die Geschäftsordnung des Kreistages Kelheim zu überarbeiten und neu zu gestalten. Geschäftsleiter Auer führt hierzu aus, dass die Geschäftsordnung des Kreistages sich im Wesentlichen an der Mustergeschäftsordnung des Bayerischen Landkreistages und des Innenministeriums orientiert. Im Vorfeld der konstituierenden Sitzung des neuen Kreistages wird mit den Fraktionen die künftige Geschäftsordnung abgestimmt werden, so Auer.

Anfrage von Kreisrat Zieglmeier bzgl. Projekt „Zukunftswerkstatt 2030“

Kreisrat Zieglmeier erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand des Projektes „Zukunftswerkstatt 2030“. Herr Geschäftsleiter Auer führt hierzu aus, dass das von der Baum Consult GmbH erstellte Gutachten nochmals überarbeitet wurde und lediglich das Abschlussgespräch noch ausstehe. Aufgrund des Personalwechsels in der zuständigen Stabsstelle komme es zu Verzögerungen bei der Weiterbearbeitung des Projekts, so Auer. Sobald die Stelle neu besetzt ist, wird das Projekt weiterverfolgt.

Anfrage von Kreisrat Zieglmeier bzgl. Sachstand „Nationales Naturmonument“

Kreisrat Zieglmeier erkundigt sich nach dem aktuellen Sachstand bzgl. des „Nationalen Naturmonuments“ und bezieht sich hierbei insbesondere auf den am 18.07.2018 im Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz in München stattgefundenen Termin, zu dem von den Planungen betroffene Beteiligte sowie Bürger aus dem Landkreis eingeladen waren.

Landrat Neumeyer führt hierzu aus, dass dieser Termin von den Beteiligten sehr positiv gewertet wurde, was zur Folge hatte, dass am 31.07.2018 durch Ministerratsbeschluss festgelegt wurde, dass das Verfahren für die Ausweisung des „Nationalen Naturmonuments Weltenburger Enge“ begonnen werden soll. Infolgedessen wird nun zeitnah ein sogenannter zweiter Runder Tisch mit Herrn Staatsminister Glauber und mit Beteiligten aus der Region vor Ort in Kelheim, unter der Leitung von Herrn Landrat Neumeyer, stattfinden.

Die Sitzung war um 16:08 Uhr beendet.

Landrat

Protokollführer/in

Neumeyer

Parchatka